

GROBE LANDSTADT FICHELGBIRGE

**Vier Fragen an:
Andreas Leest**

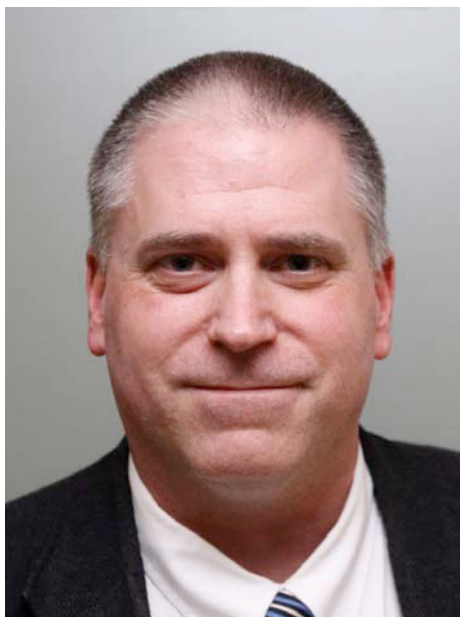
BISCHOFSGRÜN. Am vergangenen Freitag hat sich im Bischofsgrüner Kurhaus der Verein Große Landstadt Fichtelgebirge gegründet. Die Vision der Mitglieder ist, dass sich die Kommunen im Fichtelgebirge zu einer einzigen Kommune mit einer gemeinsamen Verwaltung zusammenschließen. Unter den 28 Gründungsmitgliedern waren auch zwei Bad Bernecker, wir haben Andreas Leest, einen von ihnen, zu dem Vorhaben befragt.

Die Idee einer Großen Landstadt Fichtelgebirge macht die Runde. Wie wäre denn das Procedere, um das Ganze umzusetzen?

Andreas Leest: Der freiwillige Zusammenschluss von zwei oder mehr Gemeinden beruht auf Artikel 11 Absatz 2 Nr. 1 Gemeindeordnung. Ein Zusammenschluss erfordert nur die Zustimmung der betroffenen Gemeinden und das Vorliegen von Gründen des öffentlichen Wohles. Nach ständiger Rechtsprechung des BayVGH liegen solche Gründe insbesondere bereits dann vor, wenn der Zusammenschluss die Erfüllung der Pflichtaufgaben der Gemeinden erleichtert, verbessert oder in der Qualität steigert. Diese Voraussetzungen dürften daher offensichtlich vorliegen. Der Zusammenschluss selbst erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses des Bayerischen Landtags. Auch in Oberfranken hat es nach der zwangsweisen Gebietsreform in den 1970er Jahren noch freiwillige Zusammenschlüsse gegeben, wie etwa bei der Stadt Rödental im Landkreis Coburg.

Was wären bei einem Beitritt die konkreten Vorteile für Bad Berneck?

Leest: Ich sehe drei ganz wesentliche und nicht von der Hand zu weisende Vorteile: Ein solcher Zusammenschluss würde die Qualität der kommunalen Verwaltung ganz erheblich steigern. Kleinen und mittleren Verwaltungen ist es überhaupt nicht mehr möglich, in allen Bereichen qualifizierte Mitarbeiter vorzuhalten und auch laufend weiterzubilden. Ich möchte unsere Rathausmitarbeiter in keiner Weise herabwürdigen oder ähnliches, aber ich bin mir sicher, dass es viele Bereiche gibt, in denen es für die Stadt Bad Berneck einfach nicht möglich ist, hochqualifizierte Mitarbeiter vorzuhalten. Ich denke hier etwa an Bereiche wie das Vergaberecht oder Europarecht. Grundsätzlich ist die Erledigung von Verwaltungsaufgaben in größeren Verwaltungseinheiten effizienter und effektiver. Viele Gemeinden, auch in Oberfranken, haben dies bereits erkannt und haben daher zumindest den „ersten Schritt“ gemacht und eine Verwaltungsgemeinschaft gegründet. Der Freistaat Bayern hat dies im Übrigen in der Vergangenheit auch mit großzügigen Bedarfszuweisungen unterstützt und gefördert.



Andreas Leest ist einer von zwei Bad Berneckern, die den Verein Große Landstadt Fichtelgebirge mitgegründet haben.

Foto: BBS

Der zweite große Vorteil liegt meiner Einschätzung nach darin, dass sich die Gemeinden untereinander keine Konkurrenz mehr machen würden. Die Gemeinden stehen jetzt in ständiger Konkurrenz, beispielsweise in den Bereichen Gewerbeansiedlungen, Neubürger, Tourismus, Fördermittel vom Freistaat. Dieser Wettkampf ist ruinös und schadet der gesamten Region. Eine Gemeinde würde diese Konkurrenz beenden. In der Stadt Bayreuth gibt es ja auch keinen Kampf zwischen den Stadtteilen St. Johannis und der Innenstadt um die Ansiedlung eines Unternehmens, denn die Steuereinnahmen kommen der gesamten Stadt zu Gute. Bei der Verteilung von Fördermitteln wie beim Kommunal-Investitions-Programm oder beim Kommunal-Investitionsprogramm-Schulen wird viel Energie für die Konkurrenz unter den Gemeinden und Landkreisen verschwendet. Auch im Bereich Tourismus machen sich die Gemeinden im Fichtelgebirge eher gegenseitig Konkurrenz als an einer gemeinsamen Strategie zu arbeiten.

Und der dritte große Vorteil liegt schlicht darin, dass eine Stadt mit 160.000 Einwohnern wesentlich mehr politisches Gewicht in München, Berlin oder Brüssel hätte, wenn es um die Verteilung von Fördermitteln geht, um die Ansiedlung von Hochschulinrichtungen, Behörden oder wenn es um die überregionale Verkehrsanbindung geht, und so weiter.

Bad Berneck läge allerdings ganz am Rand der großen Landstadt, kämen bei einer Umsetzung die eigenen Belange wirklich angemessen zum Tragen?

Leest: Ich sehe natürlich auch, dass dies eine Befürchtung von Bürgern aus Bad Berneck sein kann. Persönlich bin ich jedoch davon

überzeugt, dass diese Angst unbegründet ist. Letztlich muss man sich doch nur fragen, ob die äußeren Stadtteile etwa von München, die auch alle irgendwann eingemeindet wurden, heute als Teil von München besser dastehen, oder ob sie besser dastehen würden, wenn sie ihre Selbständigkeit behalten hätten. Mir jedenfalls sind keine Bestrebungen zur "Ausgemeindung" in München bekannt. Eine "Große Landstadt Fichtelgebirge" hätte einen Gemeinderat mit 50 Gemeinderatsmitgliedern und ich bin zuversichtlich, dass dort auch Bad Berneck gut vertreten wäre. Darüber hinaus ist es beispielsweise durch die Einrichtung von Ortssprechern durchaus möglich, auch die örtlichen Interessen der Bürger nicht aus dem Blick zu verlieren. Die zu starke Verengung des Blickwinkels auf die örtlichen Anliegen und die Fixierung auf die eigenen Gewbesteuer-einnahmen ist jedoch einer der Hauptgründe, warum für das Fichtelgebirge insgesamt seit Jahrzehnten wenig voran geht.

Wie geht es nun weiter, dürfen wir erwarten, dass die Gruppierung Große Landstadt Fichtelgebirge in den einzelnen Kommunen, also auch in Bad Berneck, zu den Kommunalwahlen 2020 antritt?

Leest: Aus meiner Sicht wird ein schlichtes „Weiter so“ keinen Erfolg haben. In einigen Gemeinden gibt es ja Bestrebungen zur kommunalen Zusammenarbeit. Aber zum einen reicht das nicht und zum anderen dauert das viel zu lang. Die Anforderungen an die Gemeinden im Hinblick auf digitale Verwaltung steigen, die Erfüllung der Pflichtaufgaben wird immer schwieriger und teurer. Dauerhaft wird man in Bayern nicht um eine weitere Gebietsreform herumkommen. Eine Gemeindeverwaltung braucht meiner Meinung nach mindestens 10.000 Einwohner zum Verwalten, vielleicht eher noch mehr. Ein Landkreis braucht 200.000 Einwohner. Verwaltungseinheiten darunter sind auf Dauer nicht bezahlbar. Wir wollen dieser Entwicklung zuvorkommen und die Zukunft des Fichtelgebirges selbst gestalten, statt auf die nächste Gebietsreform von oben zu warten. Trotzdem wollen wir den vorhandenen Parteien keine Konkurrenz machen, sind ausdrücklich überparteilich und haben bereits Mitglieder aus der CSU, der SPD und den Freien Wählern. Unser Ziel wäre erreicht, wenn diese Parteien, die Bürgermeister und die Stadträte unser Ziel einfach übernehmen würden und mit uns gemeinsam an der Umsetzung arbeiten würden. Das erscheint jedoch leider relativ unrealistisch, denn hier stehen oft – verständlicherweise - parteipolitische Querelen und die ebenfalls verständlichen Ressentiments gegenüber der Mitarbeit an der eigenen Abschaffung, etwa bei Bürgermeistern und Stadträten entgegen. Durch die Schaffung der Möglichkeit für die Wähler, ihre Stimme für diese gemeinsame Zukunft des Fichtelgebirges abzugeben, möchten wir den Druck auf die Stadträte und Bürgermeister dahingehend erhöhen, sich ernsthaft und vordringlich mit diesem wichtigen Thema auseinanderzusetzen. **Harald Judas**